

Der Kreistag



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Az.: 91 000-242

Datum: 30. August 2012

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum 208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

**über die 7. Sitzung des Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen,
Integration, Gesundheit und Ehrenamt des Landkreises Gießen
am 29. August 2012
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Schreiben vom 20. August 2012 eingeladen.

Sitzungsbeginn: 16.35 Uhr
Sitzungsende: 18.55 Uhr

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Dr. Robert Horn
Isabel de Jesus Domicke
Maren Müller-Erichsen

Dr. Gerhard Noeske
Birgit Otto
Hiltrud Hofmann
Anne Sussmann
Ellen Volk
Peter Welsch
Ewa Wenig
Gülsem Yilmaz
Claudia Zecher

Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
stv.

Ausschussvorsitzende
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
stv. Ausschussvors.

i. V. für Sven Stoffer

Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordnete
Ausschussvorsitzende

beratende Ausschussmitglieder

Dennis Pucher
Christian Oechler

Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter

i. V. für Andrea Kaup

Dennis Stephan
Eda Sertürk

Kreistagsabgeordnete
Kreisausländerbeiratsmit
glied

Tim van Slobbe

Kreisausländerbeiratsmit
glied

Ältestenrat

Karl-Heinz Funck
Peter Pilger

Kreistagsvorsitzender
stv.

Horst Nachtigall
Julia Tampisch

Kreistagsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsabgeordnete

i. V. für Günther
Semmler

Kreisausschuss

Dirk Oßwald

hauptamtlicher Erster

Dr. Klaus Becker
Heinz Deibel

Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Rainer Brück

Schriftführer

Herr Dr. Bremer, Frau Jung, Frau Roska

Entschuldigt:

Günther Semmler
Anita Schneider
Dr. Christiane Schmahl
Silia Lübbers

Fraktionsvorsitzender
Landrätin
Hauptamtl. Kreisbeigeordnete
Kreisbeigeordnete

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende Claudia Zecher eröffnet die 7. Sitzung des Kreistagsausschusses für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Ehrenamt um 16.35 Uhr. Sie begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und stellt dann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.

Zunächst stellt sie zur Abstimmung, die TOP 7, 7.1. und 7.2. in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten.

Auf Vorschlag des Hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten Oßwald soll

TOP 7.1. in öffentlicher sowie

TOP 7.2. in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden.

Darüber ergeht folgender Beschluss: Zustimmung, einstimmig angenommen.

- | |
|---|
| 2. Antidiskriminierungsstelle für den Landkreis Gießen;
hier: Antrag des Kreisausländerbeirates vom 8. August 2012
(Vorlage. Nr. 0496/2012) |
|---|

Der Antrag war der Einladung zu der Sitzung als Anlage beigelegt.

Der Vorsitzende der Kreisausländerbeirates, Herr van Slobbe, erläutert die Hintergründe des Antrages.

An der darauf folgenden Aussprache beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Frau Wenig, Welsch, Frau Yilmaz, Dr. Noeske und Frau Hofmann.

Die Abgeordneten regen übereinstimmend an, den Antrag konkreter zu formulieren (was soll geleistet werden, z. B. Beratung, Rechtsunterstützung, Begleitung bei Behördengängen etc.). Es müsse sich ein klarer Auftrag an den Kreisausschuss daraus ergeben.

Auf Vorschlag des Kreistagsvorsitzenden Funck wird der Antrag wie folgt neu gefasst:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kreisausländerbeirat zu prüfen, eine Anlaufstelle für Fragen der Diskriminierung auf Grund ethnischer Herkunft und/oder Religion/Weltanschauung einzurichten und die Voraussetzungen dafür zu konkretisieren (u.a. Aufgaben, Organisation, Finanzierung) Zu prüfen ist auch die Kooperation mit der Universitätsstadt Gießen

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt dann zu dem geänderten Antrag folgende Beschlussempfehlung ab:

Zustimmung: einstimmig angenommen.

- | |
|--|
| 3. Mittelhessen stärken - Eine sichere Zukunft für das mittelhessische Universitätsklinikum UKGM und die medizinischen Fachbereiche in Marburg und Gießen;
hier: Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 15. August 2012 (Vorlage. Nr. 0500/2012) |
|--|

Kreistagsabgeordnete Frau Hofmann gibt nähere Erläuterungen zu dem Antrag.

Es gehe hier nicht darum, Entscheidungen der Vergangenheit zu kritisieren. Vielmehr müsse man sich gerade angesichts der aktuellen

Entwicklung (Übernahmeabsichten, geplanter Abbau von Arbeitsplätzen, Standortverlagerungen etc.) mit allen anderen betroffenen Kommunen klar zum UKGM positionieren.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Nachtigall, Stephan und Dr. Noeske.

Kreistagsvorsitzender Funck weist darauf hin, dass der Kreistag hier dem Kreisausschuss einen klar definierten Handlungsauftrag erteilen müsse.

Dem Beschlusstext vorgeschaltet wird daher die nachfolgende Formulierung (Auftrag an den KA):

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich für die Forderungen (unter Ziffer 2) auf Landesebene (Hessische Landesregierung, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Landtagsfraktionen und heimische Landtagsabgeordnete) einzusetzen.

2. Der Beschlusstext der KOA vom 15.08.2012.

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt dann zu der geänderten Vorlage folgende Beschlussempfehlung ab:

Zustimmung: einstimmig angenommen

Auf Antrag des Kreistagsabgeordneten Dr. Noeske wird im Protokoll festgehalten, dass die CDU-Fraktion im Ausschuss ausdrücklich nur dem Antrag in der geänderten Form zustimmt, nicht aber dessen Begründung.

- | |
|--|
| 4. Erstattung von Mehrausgaben zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums von Asylsuchenden durch das Land Hessen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.Juli 2012; hier: Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 13.August 2012 (Vorlage Nr. 0502/2012) |
|--|

Zunächst erläutert der Kreistagsabgeordnete Welsch den Antrag in kurzen Worten Danach gibt der Hauptamtliche Erste Kreisbeigeordnete Oßwald einen Überblick über die aktuelle Situation. Dem Landkreis werden bis Ende des Jahres noch weitere rund 200 Asylbewerber zugewiesen. Zurzeit beteilige sich das Land Hessen lediglich mit einem Anteil von 32 v. H. an den entsprechenden Kosten; 68 v.H. müsse der Kreis aufbringen. Zu fordern sei hier die volle Re-Finanzierung dieser Kosten durch Bund und Land.

Es folgen Wortmeldungen der Kreistagsabgeordneten Stephan, Welsch, Dr. Horn, Frau Wenig, Frau Hofmann sowie des Kreistagsvorsitzenden Funck.

Der Vorsitzende des Kreisausländerbeirates, Herr van Slobbe, fragt an, wie das Karlsruher Urteil von Seiten der Verwaltung konkret umgesetzt werden soll (Nachzahlungen, Informationsmöglichkeiten der Betroffenen, Widersprüche etc.)

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Oßwald sagt zu, nach einer entsprechenden Abstimmung mit der Verwaltung den Ausschuss zeitnahe darüber zu informieren. Damit wird auch eine Frage der Kreistagsabgeordneten Frau Hofmann beantwortet.

Der Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt gibt dann die folgende Beschlussempfehlung ab:

Zustimmung: einstimmig angenommen.

- | | |
|----|--|
| 5. | Bericht des Kreis Ausschusses "Q-Fieber in der Gesundheits- und Wissensregion - Katastrophen- und Seuchenschutz im Landkreis Gießen"; hier: Beschluss des Kreistages vom 25. Juni 2012 |
|----|--|

Die schriftliche Antwort der Verwaltungsleitung auf den Berichts Antrag der Gruppe „Die Linke“ war der Einladung zu dieser Sitzung beigelegt.

Weitere Fragen des Kreistagsabgeordneten Stephan werden von dem stellvertretenden Leiter des Fachdienstes Gesundheit, Herrn Dr. Bremer sowie dem Hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten Oßwald beantwortet.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Kreistagsabgeordneten Pilger, Nachtigall und Frau Hofmann. Thema ist u. a., wie zukünftig in derartigen Fällen die Bevölkerung rechtzeitig informiert werden kann. (z. B. Handzettel, Bürgersammlungen, Einbindung des Ortsbeirates etc.)

Kreistagsabgeordneter Stephan moniert weitere Punkt des Berichtes als unvollständig und unrichtig und fordert Aufklärung.

Die Kreistagsabgeordnete Sussmann beantragt das „Ende der Debatte“.

Über diesen Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Zustimmung: einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung.

Die Vorsitzende stellt dann fest:

Der Kreistagsausschuss hat den Bericht entgegengenommen.

6.	Mitteilungen und Anfragen
----	---------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen

- | | |
|------|--|
| 7. | Patientenfürsprache in der Forensik |
| 7.1. | Rechtliche Einschätzungen zum Akteneinsichtsrecht für Patientenfürsprecher |
| 7.2. | Zukunft der Patientenfürsprache in der Forensik |

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Oßwald teilt zunächst mit, dass sich der zu der Sitzung eingeladenene Vertreter der Vitos-Klinik Haina, Herr Ralf Schulz, kurzfristig entschuldigt hat.

Er verweist dann auf den der Einladung zu dieser Sitzung beigefügten ausführlichen Schriftverkehr.

Es folgen Wortmeldungen der Kreistagsabgeordneten Welsch, Nachtigall und Frau Hofmann.

Es wird allgemeiner Unmut darüber geäußert, wie hier von Seiten der Klinik sowohl mit der konkret betroffenen Person als auch mit Organen des Landkreises umgegangen worden ist. Dies sei schlechter Stil.

Hinsichtlich der geänderten Rechtsauffassung des Hessischen Sozialministeriums entstehe der Eindruck, es werde hier eine „Lex Gießen“ statuiert.

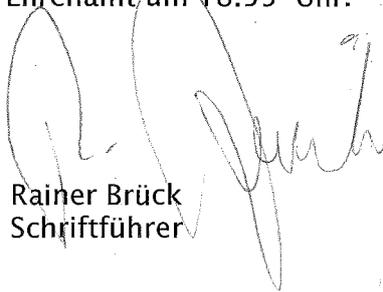
Kreistagsabgeordneter Dr. Noeske warnt davor, die Angelegenheit zu „hoch zu hängen“. Die Forensik sei nun einmal kein „normales“ Krankenhaus, sondern ein Teil des Strafvollzuges. Es mache wenig Sinn, einen Patientenfürsprecher durchdrücken zu wollen, den die Klinik letztendlich nicht haben wolle.

Kreistagsabgeordneter Pilger teilt mit, er werde dieses Thema bei der nächsten Aufsichtsratsitzung des LWV Hessen ansprechen

Weitere Wortmeldungen gibt es dann nicht mehr.

Ausschussvorsitzende Claudia Zecher schließt die Sitzung des Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt um 18.55 Uhr.


Claudia Zecher
Ausschussvorsitzende


Rainer Brück
Schriftführer